DAS MAGAZIN FÜR DEN TIERSCHUTZVEREIN GROSS-ESSEN E.V. SONDERDRUCK



Bundestagswahlen 2013



Für einen tierfreundlicheren Bundestag



Am 22. September 2013 ist Bundestagswahl. Beherrschend im Bundestagswahlkampf werden die Themen Wirtschaft, Arbeit, Soziales und Bildung sein. Das betrifft die Menschen ganz unmittelbar – deshalb setzen sich in unserer Demokratie die politischen Parteien mit mehr oder weniger deutlichen Schwerpunkten für diese Themen ein.



Ihre Elke Esser-Weckmann

Die moderne Demokratie ist aber auch eine Verbändedemokratie. Verbände vertreten die Interessen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppierungen – sie sind "Lobbyisten": z.B. als Gewerkschaften für die Interessen der Arbeitnehmer, als Arbeitgeberverbände für die Belange der Arbeitgeber; Automobilclubs sind die Lobby der Autofahrer und die Bauernverbände sprechen für die Landwirte in Deutschland.

Wer den Tierschutz verbessern will, ist in diesem Sinne ebenfalls Lobbyist. Er tut das mit dem Bewusstsein, nicht seine eigenen Interessen, sondern die Interessen der Mitgeschöpfe zu vertreten, die das selbst nicht können. Tierschützer repräsentieren nicht Finanzkraft, stattdessen aber moralische Überzeugungskraft.

Tierschutzvereine und –verbände sind parteipolitisch neutral

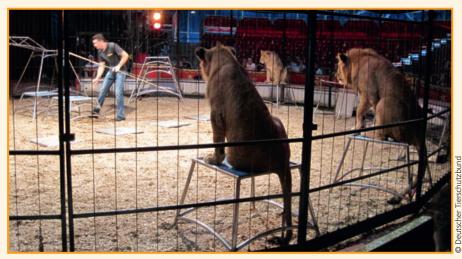
Das bedeutet, dass sie ihre Mitglieder nicht zur Wahl einer bestimmten Partei auffordern. Aber es ist ihr gutes Recht, Auszüge aus Parteiprogrammen, die den Tierschutz betreffen, zu veröffentlichen, Politikern Fragen zu stellen und nachzuhaken. 800.000 organisierten Tierschützerinnen und Tierschützern und vielen Millionen Unterstützern ist nämlich nicht entgangen, dass eine wirksame Novellierung des Tierschutzgesetzes bisher durch die Tiernutzerlobby und ihren parteipolitischen Einfluss im Bundestag verhindert wurde. Und auch eine Stärkung des praktischen Tierschutzes vor Ort steht seit Jahren aus.

Deshalb haben wir vor einiger Zeit die fünfzehn Kandidatinnen und Kandidaten, die in Essen und Essen/Mülheim für die im Bundestag vertretenen Parteien in den Bundestagswahlkampf gehen, gebeten, uns ihre Positionen zum Tierschutz mitzuteilen.

Als Ergebnis stellen wir Ihnen in dieser Broschüre die Antworten derjenigen örtlichen Kandidatinnen und Kandidaten vor, die auf unsere Fragen geantwortet haben. Und wir präsentieren Ihnen die "offiziellen" Antworten der im Bundestag vertretenen Parteien auf einige Wahlprüfsteine des Deutschen Tierschutzbundes. Da gibt es an der einen oder anderen Stelle durchaus Unterschiede in den Aussagen von Kandidat/in und Partei – aber das ist ja auch Ausdruck lebendiger Demokratie. Ergänzt wird unsere "tierschutzpolitische" Entscheidungshilfe durch Auszüge aus den Wahl- und Regierungsprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2013, in denen auf Tierschutzthemen Bezug genommen wird.

Informieren Sie sich, prüfen Sie Argumente und Positionen, gehen Sie zur Wahl! Und wählen Sie am 22. September 2013 einen tierschutzfreundlicheren Bundestag!





Der Zirkus mit Wildtieren muss ein Ende haben

Tierschutz im Drogram

im Programm der Parteien

CDU/CSU

Gute Tierhaltung und bester Tierschutz

Artgerechte Tierhaltung und ein hohes Tierschutzniveau sind für uns von zentraler Bedeutung. Wir wollen Ställe, in denen Tiere gute Haltungsbedingungen haben. Deshalb fördern wir neue tiergerechte Ställe und erhöhen die Forschungsmittel zur Verbesserung der Haltungsformen. Ebenso werden wir Maßnahmen zur Verringerung des Einsatzes von Antibiotika in der Tierhaltung vorantreiben. Sachkunde und Oualifikation sind für uns unabdingbare Voraussetzung für die Tierhaltung. Wir setzen uns für einheitlich höhere Tierschutzstandards mit einer Reduzierung und festen Begrenzung der Tiertransportzeiten in der EU ein. Der wichtigen Arbeit der Imker gilt unsere Wertschätzung. Zum Schutz der Bienen werden wir Forschungsprojekte ausbauen.

(Quelle: Regierungsprogramm 2013 – 2017)

SPD

Tierschutz ist ein unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsvoller Ernährungs-, Landwirtschafts-, Verbraucher- und Umweltpolitik. Wir sind stolz darauf, dass es unter unserer Regierungsverantwortung gelungen ist, den Tierschutz im Grundgesetz zu verankern, und werden dieses Prinzip auch auf die Einzelgesetzgebung anwenden, z.B. in der Unterbindung von Qualzucht.

Mit einem Verbandsklagerecht werden wir Tierschutzorganisationen die rechtliche Handhabe geben, wirkungsvoller gegen Tierschutz-Verstö-Be vorzugehen. Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung muss sich stärker an den Bedürfnissen der Tiere ausrichten. Dafür müssen die Forschung für eine moderne Landwirtschaft gestärkt, entsprechende Haltungssysteme vorgegeben und der Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung drastisch vermindert werden. Die Intensivtierhaltung werden wir durch geeignete gesetzliche Maßnahmen zurückdrängen und insbesondere den Kommunen mehr Möglichkieten zur baurechtlichen Steuerung geben.

Es braucht eine **Kennzeichnung** von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung: transparent, einfach und verbraucherfreundlich. Ein weiteres Ziel ist die systematische Qualitätskontrolle für die Tiergesundheit in der Landwirtschaft.

Den Handel mit und die Haltung von Tieren, insbesondere auch von Wildtieren und exotischen Tieren, wollen wir bundeseinheitlich regeln. Der Import von Wildfängen soll generell verboten werden und gewerbliche Tierbörsen werden wir schließen. Die Anzahl der Tierversuche wollen wir verringern und uns für die Verbreitung der 3-R-Methoden (zu deutsch: Vermeiden, Verringern, Verbessern) in der Forschung einsetzen. Wir wollen alternative Forschungsmethoden fördern, die ohne oder mit weniger Tieren auskommen bzw. weniger schmerzhafte Verfahren beinhalten. (Quelle: Das WIR entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013 – 2017)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE halten das System der Massentierhaltung für nicht verantwortbar. Deshalb wollen wir die Errichtung neuer Riesenställe und Megamastanlagen stoppen. Die Tierzucht ist auf Gesundheit und Lebensleistung auszurichten und nicht als Qualzucht auf immer mehr Milchlei-

Sonderdruck







Drangvolle Enge bei Masthühnern – eine echte Qual

stung, Fleischansatz, Eier- oder Ferkelzahl ohne Rücksicht auf die physiologischen Grenzen des Lebewesens. Die Subventionierung der Massentierhaltung gehört abgeschafft, genau wie ihre Privilegien im Baurecht. Wir wollen Anlagen, die immissionsschutzrechtlich genehmigt werden müssen, die Privilegierung entziehen.

Wir wollen mit einem neuen Tierschutzgesetz für tiergerechte Haltungsbedingungen sorgen, eine lükkenlose Transparenz der Tierarzneimittelströme schaffen und den Antibiotikamissbrauch durch strengere Haltungs- und Behandlungsvorschriften und verbindliche Antibiotikaleitlinien verhindern. Das Kontrollsystem in der Tierhaltung muss deutlich verbessert werden.

Wir sind der Überzeugung, dass unsere Tiere ein Anrecht auf ein artgerechtes Leben ohne unnötiges Leiden haben. Gemeinsam mit der Tierschutzbewegung haben wir dafür gesorgt, dass der Tierschutz als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen wurde. Tiere wollen wir um ihrer selbst willen schützen, deshalb werden wir das Tierschutzgesetz gründlich überarbeiten.

Damit die Rechte der Tiere besser vertreten werden können, fordern wir ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen und eine/n Bundesbeauftragte/n für Tierschutz. Außerdem fordern wir

Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften für den Tierschutz, damit Verstöße gegen das Tierschutzgesetz effektiv verfolgt werden können.

Tierschutz und artgerechte Tierhaltung sollen in den Ställen Einzug halten. Dazu gehören auch ausreichender Weidegang und Auslauf. Die Käfighaltung von Legehennen, Kaninchen und anderen Tieren muss beendet werden. Sie darf auch nicht mehr durch deutsche Exportbürgschaften für hier verbotene Käfighaltung in Drittländern gefördert werden. Wir wollen verbindliche Zuchtund Haltungsvorschriften für alle Tierarten einführen. Die Haltung von Schweinen und Rindern auf nacktem Beton und Vollspaltenböden, das Zusammenpferchen von Hühnern und Puten auf engstem Raum, Wassergeflügel ohne Zugang zu Wasser - das alles ist ein Skandal.

Die Haltung von Nutztieren muss sich zukünftig an den arteigenen, natürlichen Bedürfnissen einer Tierart und damit am Tierwohl orientieren. Qualzuchten und die Praxis, Tiere etwa durch das Kupieren ihrer Schnäbel oder Schwänze an nicht artgerechte Haltungssysteme anzupassen oder durch Brandzeichen zu misshandeln, wollen wir verbieten.

Mit Schmerzen verbundene Eingriffe wie die Ferkelkastration dürfen nur mit Betäubung erfolgen oder müssen gänzlich unterbleiben. Tiertransporte innerhalb Deutschlands wollen

wir auf eine Dauer von höchstens vier Stunden begrenzen und wir wollen die Schlachtmethoden auf Schlachthöfen verbessern. Dazu gehört die Überprüfung der CO2-Betäubung ebenso wie die Beendigung der Akkordarbeit und des Einsatzes von unqualifiziertem Personal. Verbraucherinnen und Verbrauchern wollen wir es durch eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung erleichtern, sich für Produkte aus artgerechter Haltung zu entscheiden.

Tierversuche wollen wir konsequent reduzieren und langfristig komplett ersetzen. Dafür werden wir die Entwicklung von Alternativen zum Tierversuch gesetzlich fördern und ihren Einsatz verpflichtend machen. Wir fordern ein nationales Kompetenzzentrum für tierversuchsfreie Methoden. Die Ethikkommission zur Bewertung von Tierversuchen wollen wir mindestens zur Hälfte mit Vertretern des Tierschutzes besetzen. Versuche an Menschenaffen sollen strikt verboten werden.

Zum Schutz von Haustieren wollen wir einen Fachkundenachweis einführen. Auch Wildtiere müssen wir besser schützen. Dafür fordern wir ihre Haltung im Zirkus zu verbieten sowie eine Novelle der rechtlichen Vorgaben für die Zootierhaltung. Den Import und die private Haltung regeln wir über die Einführung einer Positiv-Liste und ein Verbot von Wildtierbörsen. Auf europäischer Ebene muss der Tierschutz durch

Importverbote von unter tierquälerischen Bedingungen erzeugten Produkten, Jagdtrophäen und wild gefangenen Tieren gestärkt werden. International wollen wir den Schutz bedrohter Arten im Sinne des Vorsorgeprinzips weiter voranbringen. (Quelle: Zeit für den grünen Wandel. Bundestagswahlprogramm 2013)

FDP

Für uns Liberale hat der Tierschutz seit Jahren eine zentrale Bedeutung. Freie Demokraten orientieren sich dabei an den fünf Freiheiten: Freisein von Hunger und Durst; Freisein von Unbehagen; Freisein von Schmerz, Verletzung, Krankheit; Freisein zum Ausleben artgerechter Verhaltensweisen; Freisein von Angst und Leiden. Im Mittelpunkt unserer weiteren Bemühungen stehen die Grundsätze nachhaltigen Wirtschaftens, die Vermeidung ökonomischer

Fehlanreize, eine artgerechte Tierhaltung und –ernährung sowie deren effektive Kontrolle. Außerdem unterstützen wir die Verringerung der Anzahl von Tierversuchen durch den verstärkten Einsatz alternativer Methoden. Da erfolgreicher Tierschutz nur auf europäischer Ebene verwirklicht werden kann, fordern wir eine engagiertere Politik der EU in diesem Bereich.

Wir brauchen eine nachhaltige Fischerei, die die Bestände erhält, artgerecht ist und den Tierschutz sichert. (Quelle: Bürgerprogramm 2013)

DIE LINKE

DIE LINKE fordert eine bodengebundene und tiergerechte Nutztierhaltung. Haltungsformen müssen an die Tiere angepasst werden. Quälerische Praktiken in der Tierhaltung müssen unterbunden und Transporte lebender Tiere auf maximal vier Stunden begrenzt werden. Der Einsatz von Antibiotika ist auf das Nötigste zu reduzieren und nur in wirklichen Krankheitsfällen und nicht prophylaktisch zu verabreichen. Bei neuen oder unbekannten Tierkrankheiten wollen wir einen Notfonds für betroffene Betriebe. Zur Durchsetzung des Tierschutzrechtes sind die Behörden finanziell und personell besser auszustatten.

Wir wollen eine bienenfreundliche Landnutzung. Bienen und andere Insekten wollen wir vor Pestiziden und Gentech-Pflanzen schützen.

Bürgerinnen und Bürger sowie Umwelt-, Tierschutz- und Naturschutzverbände sollen umfassende Informations-, Beteiligungs- und Klagerechte erhalten.

(Quelle: 100% sozial. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013)

Die Tierschutz-Stimmkarte für die Bundestagswahl 2013

Die Partei ist für	CDU & CSU Fraktion im Deutschen Bundestag	SPD	FDP Die Liberalen	DIE LINKE.	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
eine grundlegende Neufassung des Tierschutzgesetztes	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
die Einführung einer Tierschutz- Verbandsklage	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
die Abschaffung von Tierversuchen in 10 bis 20 Jahren	(Nein, aber Weg der Vermeidung fortsetzen)	(Nein, aber auf Mindestmaß reduzieren)	(Nein, aber auf Mindestmaß reduzieren)	Ja	Ja
das zeitnahe Ende der Legehennen- haltung in Kleingruppen-Käfigen	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
eine grundlegende Novelle des Bundesjagdgesetzes	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
das generelle Verbot des Schenkelbrandes bei Pferden	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
eine bundeseinheitliche und kostende- ckende Erstattung der Tierheimarbeit	Nein	Ja	Nein	(Ja)	Ja

Ja = eindeutiges "Ja" Nein = eindeutiges "Nein" (Ja) = "Ja", mit Einschränkungen bzw. "Ja", soweit wie möglich (Nein) = "Nein", mit Einschränkungen bzw. kein eindeutiges "Nein"

Praktischer Tierschutz

(Quelle: Wahlprüfsteine des Deutschen Tierschutzbundes e.V.)

Frage: Wird Ihre Partei sich auf föderaler Ebene für einen bundeseinheitlichen Rahmen für die kostendeckende Erstattung der von Tierheimen übernommenen staatlichen Leistungen einsetzen?

Frage: Wird sich Ihre Partei für einen Sonder-Investitionstopf für Tierheime aus gemeinsamen Mitteln des Bundes, des Landes und der Kommunen einsetzen?



CDU/CSU

Tierheime übernehmen eine wichtige öffentliche Aufgabe. Zusammen mit den Tierschutzverbänden setzen sich CDU und CSU für eine verlässliche und sachgerechte Finanzierung für sie ein. Eine Zuständigkeit des Bundes für die Finanzierung von Tierheimen besteht nicht. Gemäß Artikel 104a Abs. 1 Grundgesetz müssen der Bund und die Länder gesondert die Ausgaben tragen, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben. Demzufolge ist z. B. die Fundtierunterbringung eine kommunale Aufgabe.

CDU und CSU begrüßen es, wenn die Länder entsprechende Empfehlungen zum Umgang mit Fundtieren geben, die für die Kommunen eine Richtschnur der Einordnung der jeweiligen Tiere und für die Kostenerstattung sind. Wie auch der Deutsche Tierschutzbund festgestellt hat, gibt es bei der sachgerechten Kostenerstattung für die Tierheime auf lokaler wie auf Landesebene deutliche Fortschritte.

SPD

Ja.

Wir kennen die Probleme der Tierheime sehr gut. Tatsächlich ist die finanzielle Situation der Tierheime deutschlandweit prekär, v. a. da sie viele kommunale Aufgaben übernehmen, zugleich aber zu wenig finanzielle Kompensationen erhalten. Wir hatten bereits im Februar 2011 einen entsprechenden Antrag "Tierheime entlasten – Einheitliche Regelungen schaffen" eingebracht. Die SPD begrüßt jede finanzielle Stärkung der Tierheime. Daher fordern wir konkrete Verhandlungen, um klare und bundesweit einheitliche Rahmenregelungen für die Fundtierkostenerstattung, ihren Umfang und die Zuständigkeiten für Fundtiere und herrenlose Tiere zu schaffen und damit auch den Begriff des Fundtieres eindeutig zu klären. Nur gemeinsam in Gesprächen mit Tierschutzvereinen, kommunalen Vertretern und Vertretern der Länder können wir Lösungen finden, die die Tierheime bei der Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben unterstützen. Die SPD setzt sich bereits seit 2011 dafür ein, dass sich die Bundesländer an der Finanzierung von Tierheimen angemessen beteiligen und dauerhafte Investitions- und Nothilfefonds zur Unterstützung der Tierschutzvereine geschaffen werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ja.

Tierheime müssen so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können. Die dafür zuständigen Kommunen müssen entsprechend finanziell ausgestattet werden, damit dies flächendeckend möglich ist.

FDP

Nein.

Das Unterhalten von Tierheimen ist Aufgabe der Kommunen und unterliegt deren Selbstverwaltung. Unter der christlich-liberalen Koalition hat sich das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz mit den Tierschutzverbänden und kommunalen Spitzenverbänden darauf geeinigt, nach Lösungsansätzen rund um die Lage der Tierheime (u. a. Fragen der Finanzierung, Definition ,Fundtier') innerhalb einer Arbeitsgruppe zu suchen. Die Arbeit wurde bereits aufgenommen und wir sollten konstruktive Ergebnisse dieses Dialogs abwarten.

DIE LINKE

Unstrittig ist, dass die Tierheime finanziell ausreichend ausgestattet sein müssen. Unstrittig ist auch, dass das heute meist nicht der Fall ist. Der Bund darf sich dabei nicht aus der Verantwortung stehlen und diese Aufgabe allein den damit überforderten Kommunen aufbürden. Schließlich ist die hohe Auslastung der Tierheime auch eine Folge tierschutz- und sozialpolitischen Versagen des Bundes.

Die Diskussion darüber, wie eine angemessene Beteiligung des Bundes an einer ausreichenden finanziellen Ausstattung der Tierheime gewährleistet werden kann, ist innerhalb der LINKEN noch nicht abgeschlossen.

Katzenelend

(Quelle: Wahlprüfsteine des Deutschen Tierschutzbundes e.V.)

Frage: Wird sich Ihre Partei für eine Katzenschutzverordnung mit einer Kastrationspflicht für Katzen aus Privathaltungen mit Freigang einsetzen?



CDU/CSU

Hunde, die in Europa über Ländergrenzen transportiert werden, müssen einen Chip tragen. Innerhalb Deutschlands ist das Chippen auf freiwilliger Basis möglich. Um die regional auftretenden Probleme mit Streunerpopulation von Katzen besser in den Griff zu bekommen und diese nicht noch durch freilaufende Hauskatzen zu verstärken, ist die Frage der Kastrations- und Registrierungspflicht für Katzen mit dem neuen Tierschutzgesetz beantwortet worden. Den Landesregierungen wurde die Möglichkeit zur Einführung einer Kastrationspflicht eingeräumt, die durch eine Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht ergänzt werden kann.

CDU und CSU halten es für richtig, einen bundeseinheitlichen Rahmen zu schaffen, die konkrete Entscheidung aber den Landesregierungen zu überlassen. Dort, wo es nicht nötig ist, wollen CDU und CDU die meisten sehr verantwortungsvollen Katzenhalter nicht mit Auflagen, Bürokratie und Kosten belasten. Eine tierschutzfachliche Notwendigkeit für eine bundesweite Registrierung und Kennzeichnung von Katzen und Hunden sehen wir nicht.

Eine verbindliche Kennzeichnungspflicht und Registrierung aller Hunde, Katzen und weiteren Heimtiere halten wir schon angesichts von fünf Millionen privat gehaltener Hunde und einer noch größeren Anzahl von Katzen auch für nicht durchführbar.

Es wäre mit einem ähnlichen Verwaltungs- und Kostenaufwand zu rechnen wie bei der Kraftfahrzeugzulassung. Dem Problem der Aussetzung von Heimtieren würde eine Registrierung dagegen wegen der mangelnden Kontrollierbarkeit nicht effektiv entgegenwirken.

CDU und CSU begrüßen aber, dass der Deutsche Tierschutzbund als größte Tierschutzorganisation auf privater Basis die Möglichkeit der freiwilligen Kennzeichnung und Registrierung von Katzen, Hunden und anderen Heimtieren geschaffen hat. Dies hilft bei der Wiederauffindung entlaufener Hunde und Katzen und ist ein Beispiel für vorbildliche Privatinitiative in unserem Gemeinwesen.



SPD

Ja.

Die SPD fordert bereits seit 2010 eine bundesweite Regelung zur verpflichtenden Kennzeichnung, Registrierung und Kastration von Katzen mit Freilauf und freilebenden Katzen.

Der Hintergrund ist klar: Die unkontrollierte Fortpflanzung von Katzen mit Freilauf und freilebenden Katzen führt zu unnötigem Tierleid. Verwilderte Katzen müssen häufig unter tierschutzwidrigen Bedingungen leben und sind oftmals Überträger infektiöser Krankheiten. Obwohl Tierschutzverbände bereits versuchen, viele wild lebende Katzen weiträumig zu kastrieren, stellen sie einen unkontrollierten Anstieg der Population wild lebender Katzen fest. Viele Katzenbesitzer versäumen es, ihre Tiere kastrieren zu lassen. So kann ein weiterer Anstieg der Population nicht verhindert werden.

Viele Tierheime sind aufgrund der Katzenschwemme und der damit verbundenen finanziellen Kosten überlastet und verhängen zum Teil Aufnahmestopps. Sie haben weder Platz noch finanzielle Mittel, sich der fortwährend steigenden Anzahl der Katzen anzunehmen. Eine Kastrationsmöglichkeit zur Vermeidung unkontrollierter Fortpflanzung ist nach unserem Tierschutzgesetz zwar erlaubt, es gibt jedoch keine verpflichtende bundeseinheitliche Verordnung, die eine Kastration für Katzen verbindlich vorschreibt. Das europäische Übereinkommen über den Schutz von Heimtieren befürwortet diese Möglichkeit ausdrücklich in Artikel 12, sofern die Anzahl der streunenden Tiere ein Problem darstellt. Städte wie Paderborn, Delmenhorst und Düsseldorf haben bereits eine solche Pflicht durch entsprechende Verordnung erteilt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ja.

Die wachsenden Populationen freilaufender und freilebender Katzen in Deutschland stellt auch eine Bedrohung für z. B. bodenbrütende Vögel dar. Den Abschuss von Katzen lehnen wir strikt ab. Ein wirksames Instrument, die Populationen zu kontrollieren ist eine Kastrationspflicht, die durch entsprechende Förderprogramme unterstützt wird.

FDP

Nein.

Die Katzenüberpopulation und die Aufnahme herrenloser und freilaufender Katzen durch die Tierheime treiben die Träger in finanzielle Not. Dieses gilt es zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund ist die Kastration von Katzen ein richtiger Ansatz. Eine von oben aufgelegte Kastrationspflicht ist jedoch aus Gründen des Subsidiaritätsprinzips und aus Gründen der praktischen Umsetzung nicht erstrebenswert. Vielmehr sollen die Tierhalter über ihre Pflichten und tierschutzrelevanten Aspekte der Heimtierhaltung aufgeklärt und zu Kastration und Kennzeichnung ihrer Haustiere motiviert werden.

Die christlich-liberale Koalition hat bei der Novelle des Tierschutzgesetzes lokal begrenzte Maßnahmen zur Eindämmung einer Katzenpopulation ermöglicht, wenn die Größe der Population in einem bestimmen Gebiet bei den freilebenden Katzen erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden verursacht. Zu den lokal begrenzten Maßnahmen zählen neben einem zeitweiligen Auslaufverbot für Katzen und Kater auch Kennzeichnungspflichten für sogenannte Freigänger.

DIE LINKE

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat zur Kastrationspflicht keine einheitliche Meinung.

Alle Ergebnisse der Aktion "Wahlprüfsteine" des Deutschen Tierschutzbundes e.V. sind zu finden auf: www.tierschutzbund.de/bundestagswahl

Impressum:

Tierschutzverein Groß-Essen e.V. mit "Albert-Schweitzer-Tierheim" Grillostraße 24 45141 Essen Tel.: 0201-32 62 62 Fax: 0201-32 11 06

Web: www.tierheim-essen.org **E-Mail:** th-info@tierheim-essen.org

Verantwortlich: Elke Esser

Bildrechte: Titel: Jürgen Plinz (3), Franz-Josef Heinrichs (1), Seite: 6

und 7 Jürgen Plinz Hergestellung:

Deutschen Tierschutzverlag – www.deutscher-tierschutzverlag.de